

Die „Arbeiter“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei Jahres-Zustellung ins Haus für Groß-Deutschland oder bei drei Monaten 4,50 Mk., bei Bestellung unter Fortzahlung 5,- Mk. Die „Arbeiter“ ist in den ersten Nachtrag der Postanweisung für 1919 eingetrag.

Interate fallen bis acht Uhr nachmittags, Sonntags bis vier Uhr nachmittags an. Bei fernem Briefverkehr 20 Pf. mehr. Bei fernem Briefverkehr 20 Pf. mehr. Bei fernem Briefverkehr 20 Pf. mehr. Bei fernem Briefverkehr 20 Pf. mehr.

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die englischen Arbeiter und die direkte Aktion.

In den kommenden Wochen finden in England eine ganze Reihe von Kongressen der englischen Gewerkschaften statt, u. a. auch der allgemeine Gewerkschaftskongress, deren Beschlüsse für den weiteren Verlauf der englischen Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung sein werden. Wir geben deshalb die nachstehende Meldung des „Hollandschen Bureau“ aus London wieder, die trotz der offenbar beschränkten Förderung einen Einblick in die Tragweite der kommenden Entscheidungen gewährt.

Haag, 2. September.

In einer Reihe von Arbeiterkonferenzen, die im Laufe der letzten zwei Wochen stattfanden, werden sämtliche Motive für eine direkte Aktion und für politische Agitationszwecke durch den Vertreter des Bergarbeiterverbandes. In dieser Konferenz wird die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke behandelt und die Stellung der Konferenz hierzu klargestellt. Am Donnerstag wird der alliierte Verband der Minenarbeiter, Eisenbahner und Transport-Arbeiter die Frage des direkten Beschlusses behandeln, ebenso wie sich der Gewerkschaftskongress in Glasgow mit der gleichen Angelegenheit beschäftigen wird. Man hofft jedoch, daß die schlimmste Krisis überwunden ist und daß die Arbeiter den wirtschaftlichen Nöten der Zeit zugänglich geworden sind und im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen für eine organisierte politische Kampagne Stellung nehmen werden. Diese Hoffnung wird noch verstärkt durch die wichtige Entscheidung, die der Vollzugsrat der Minenarbeiter gestern gefaßt hat. Darin wird den Mitarbeitern empfohlen, den Regierungsvorschlag bezüglich der Verstaatlichung der Bergwerke nicht anzunehmen, jedoch keinerlei direkte Aktion zu beginnen, um auf diesem Wege die Verstaatlichung herbeizuführen. Der Vollzugsrat wird dem Gewerkschaftskongress empfehlen, eine allgemeine verfassungsmäßige Aktion für diese Verstaatlichung zu unternehmen. Dies bedeutet, daß die organisierten Gewerkschaftsverbände den Vorschlag der Extremisten wahrscheinlich ablehnen werden und beweist im Zusammenhang mit anderen Ereignissen, daß die englischen Arbeiter sich ihrer Verantwortlichkeit dem Staat und der Gesamtheit gegenüber gegenwärtig besser bewußt sind als noch vor wenigen Monaten.

Die Radikalisierung der Arbeiterbewegung in Amerika.

Die Radikalisierung der Arbeiterbewegung geht auch in Amerika schnellen Schrittes vorwärts. Im ganzen Lande finden Streiks statt, von denen die Streiks der Verkehrsarbeiter vor allem die Radikalisierung der Eisenbahnen bedrohen. Diese Bedrohung begegnet neben dem lebhaften Widerspruch der Eisenbahngesellschaften auch dem von Wilson, der als Hüter kapitalistischer Interessen auftritt. Nach einer Meldung des „Neuen York Herald Tribune“ hat Wilson in einer Botschaft an die Arbeiter die Gewerkschaften aufgefordert, mit der Regierung im Kampfe gegen den Radikalismus zusammenzuwirken. Bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen und ähnlicher Arbeiterführer gegen die selbständige sozialistische Arbeiterbewegung, ist es wahrscheinlich, daß sie dieser Aufforderung Wilsons Folge leisten. Wie aus dem weiteren Inhalt der Botschaft Wilsons hervorgeht, will er bei wachsenden Radikalisierung der Arbeiterbewegung auch Scheinreformen entgegenkommen. Ob mit Erfolg, und was wiederum, das werden die nächsten Monate zeigen.

Die Gefangeneneinkehr.

Die Reihenfolge der Entlassung. Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit: Ueber die Reihenfolge der Entlassung der Gefangenen läßt sich nur so viel sagen, daß im allgemeinen die Gefangenen in englischer und amerikanischer Reihenfolge rascher heimkehren dürften als die in französischer Reihenfolge. Unter jenen wiederum sollen, wie die „Petit Parisien“ wissen will, in erster Reihe die in den Hauptkämpfen der Franzosen beschäftigten heimgefunden werden. Was die Reihenfolge der Entlassung der im verwesteten Gebiet beschäftigten auch vor Ende des September zu rechnen sei, dementsprechend ist übrigens, daß das vollständige Organ bereits dabei angelangt ist, die Freigabe der in Nordfrankreich befindlichen Kriegsgefangenen auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit als wünschenswert zu bezeichnen.

Die in englischen Händen befindlichen deutschen Gefangenen.

T. U. Lugans, 3. September. Der „Corolo“ meldet: Die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen, die in Frankreich und Flandern dem englischen Kommando unterstellt sind, beträgt 200 000. Die Gesamtzahl der

von England gemachten deutschen Gefangenen beträgt 285 000. Alle Gefangenen werden entsprechend dem in Paris gefaßten Beschlusse sofort in ihre Heimat befreit.

Monarchistische Verschwörer in Wien.

Wien, 2. September. Nach einer Meldung der Polizei-Korrespondenz sind bei monarchisch gesinnten Offizieren, die im Innern der Stadt wiederholt Zusammenkünfte abhielten, und bei dem Direktor der Hungaria-Filmfabrik in Budapest, Moriz Wellner, der sich in Wien aufhielt und mit diesen Offizieren verkehrte, Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, wobei Schriftstücke bei Wellner gefunden wurden, aus denen hervorgeht, daß er mit dem ehemaligen ungarischen Ernährungsminister Prinzen Windisch-Grätz und dessen Anhang in der Schweiz und mit dem Obersten Emil Vidale in Verbindung steht. In einem Brief Vidales an Windisch-Grätz vom 8. 8. 1919 wird u. a. von der Anwendung von Legionären gesprochen und die Absichten einer monarchischen Propaganda in Ungarn und Deutschösterreich werden erörtert. Wellner wurde dem Landesgericht eingeliefert. Wegen Vidale, der gegenwärtig in Ungarn weilt, wird Strafangeklagt erstattet.

Vor der Ratifizierung in Frankreich.

Paris, 2. September. Marcel Gatin schreibt im „Echo de Paris“, daß die Verhandlung über die Ratifizierung des Friedensvertrages diese Woche geschlossen werde und daß man glaube, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland zwischen dem 15. und 18. September im „Journal Officiel“ bekanntgegeben werden könne.

O, welche Lust, ein Mörder zu sein!

Unsere gestrigen Mitteilungen über das Freudenrauschen, das der Mörder Runge im Militärarrestgefängnis führt, werden, wie vorauszusehen war von der Presse mit eifrigem Schweigen aufgenommen. Mit einer einzigen Ausnahme mag es kein Mann, seinen Lehren auch nur Kenntnis von diesem unerhörten Justizskandal zu geben. Daß diese Ausnahme nicht der „Vorwärts“ ist, bedarf keiner Erwähnung. Wie in vielen sonstigen Fällen, so ist es auch diesmal die „Berliner Volkszeitung“, die unsere Mitteilungen verbreitet und meint, sie klingen zwar ungläublich, scheinen aber dennoch wahr zu sein. „Wenn diese Zustände“, schreibt sie, „auch nur noch einen Tag andauern, dann ist die Regierung mitverantwortlich für die politischen Folgen der kommunistischen Agitation. Abgesehen davon sind manche Vorkommnisse in den Ressorts der Herren Noske und Heine bald von keinem Komödientenschauspieler mehr zu bewältigen.“

Und Heine und Noske? Auch sie schweigen! Was sollten sie auch anderes tun? Bei dieser Gelegenheit richtet das demokratische Blatt auch eine „kleine Anfrage“ nach dem Stand der Vogel-Komödie und der Affäre des Massenmörders Marlob an die Regierung.

„Glauben die verantwortlichen Stellen in der Tat, daß das Gedächtnis der Öffentlichkeit so schlecht ist, wie sie es — vielleicht — gerne haben möchten? Das wäre ein verhängnisvoller Irrtum!“

Wir haben uns derartige Fragen schon längst angewöhnt, denn wir wissen, daß die Freunde der Runge, Vogel und Marlob die eigentlichen Herren in der „vollendeten Demokratie“ sind und auf die Regierung ebenso pfeifen, wie auf Recht und Gerechtigkeit.

Die Geiselpolitik der Militärbehörden.

Die abscheuliche Praxis der Geiselpolitik, die im Kriege geübt wurde, wird von den Militärbehörden selbst nach Abschluß des Friedens fortgesetzt. Wie wir festgestellt haben, befindet sich in einem Berliner Gefängnis ein lettischer Soldat, Martin Wiekmann, von der Kommandantur Majorenhof (Vettland), der am 23. Juli in der Nähe von Schloß von deutschen Truppen als Geiselle festgenommen wurde. Die Festnahme erfolgte angeblich, weil lettische Truppen einen deutschen Soldaten verschleppt haben sollen. Der gefangene lettische Soldat wurde von Mitau nach dem Lager Godelberg gebracht, von dort nach Brandenburg a. d. S. und zuletzt nach Berlin. Der vorliegende Fall liegt deshalb besonders trüb, weil Deutschland sich unseres Wissens nicht im Kriegszustand mit Vettland befindet. Dennoch wendet die Militärbehörde gegenüber Vettland dieselbe verwerfliche Praxis an, die sie während des Krieges gegenüber Belgien, Frankreich, Polen usw. geübt hat.

Wie lange noch?

Nach Fertigstellung der Verfassung hat die Regierung versucht, die Nationalversammlung einfach mit einem Beschlusse in einen Reichstag zu verwandeln. Der Seniorenkongress der Nationalversammlung selbst hat es zwar „einstimmig“ abgelehnt, diesen offenen Staatsstreichversuch mitzumachen. Aber wir hörten, daß die Nationalversammlung noch zusammenbleiben sollte, bis die dringendsten Aufgaben erledigt seien. Zuerst hieß es, daß voraussichtlich im Januar, später, daß im Laufe des Winters Neuwahlen stattfinden. Jetzt aber wird schon gesagt, daß die Neuwahlen erst im zweiten Vierteljahr 1920 stattfinden sollen. Das würde also bedeuten, daß der neugewählte Reichstag erst in einem Jahre zusammentreten würde und die bisherige Regierung noch ein ganzes Jahr völlig freie Hand hätte.

Betrachten wir, worum es sich eigentlich handelt. Die Nationalversammlung, dieser angebliche Pfeiler der Demokratie, ist auf so undemokratische Weise als möglich gewählt worden. 4 1/2 Jahre lang war das deutsche Volk systematisch belogen und vergiftet worden. Diesem Zwecke diente der Belagerungszustand, die korruptierte Presse, die täglich ihre Informationen von der Regierung erhielt, die Regierungsozialisten, die den Arbeitern alle unabhängigen Zeitungen stahlen, der vaterländische Aufklärungsdienst bei den Soldaten usw. Man führte Ende 1918 nach sofortigen Wahlen, um dem „gefestigten“ Zustand der Revolution ein Ende zu bereiten. Der Plan gelang. Die Revolutionäre wurden an die Wand gedrückt. Die Gegenrevolution, an deren Spitze sich die Rechtssozialisten stellten, siegte. Aber die darauf sofort begonnene Politik der brutalsten Gewalt, die Noske-Politik, hat den breiten Massen die Augen geöffnet. Die Regierung weiß, daß Neuwahlen für sie äußerst gefährlich sind. Ihre Mehrheit bricht zusammen, und damit ist ihre Herrschaft zu Ende. Die Regierungsparteien brauchen aber die Nationalversammlung zur Aufrechterhaltung ihrer Macht. Wovor sie sich bei den Wahlen am meisten fürchten, das ist der offene Zusammenbruch der Rechtssozialisten, dieser Kulisse des Militarismus und Kapitalismus. Die angeblichen Beschützer der Demokratie sind daher auf das Urteil des Volkes keineswegs neugierig.

Die Regierung wollte daher die Nationalversammlung durch eine einfache Gesetzesveränderung noch weitere vier Jahre als Reichstag bestehen lassen. Sie hatte damit natürlich den Beifall des „Vorwärts“. Die Nationalversammlung selbst war jedoch klüger. Sie wußte, daß sie bei ihrer Unpopularität und dem Widerstand, den sie besonders von den Unabhängigen Sozialdemokraten zu erwarten hätte, einen so offenen Staatsstreich nicht riskieren dürfte, da ein solcher gerade die Volksmassen in Bewegung bringen könnte. Sie will es geschickter machen und besann sich darauf, wie man früher unpopuläre Gesetze, wie Steuer- und Militärvorlagen, am besten durchgepreßt hat. Nach folgendem Rezept wurde damals verfahren: Die alte Regierung ließ zunächst inoffiziell „aus gut unterrichteter Quelle“ ihre Absichten verkünden, die sie dann offiziell dementieren ließ. Im Anschluß daran erschienen aber in einem Teile der Presse Artikel, die mit Bedauern Notiz von dem Dementi nahmen und erklärten, daß ein solches Gesetz unbedingt nötig wäre. Auf diese Weise wurden dann in der gesamten Presse große Debatten für und wider hervorgerufen, was man so eben gewollt hatte, denn dadurch macht man das Volk mit dem Gedanken an das kommende Gesetz vertraut, bis es dann eines schönen Tages offiziell angekündigt wurde.

Nach diesem Muster will man auch jetzt vorgehen, mit entsprechenden Modifikationen. Die Nationalversammlung besteht ja bereits, man braucht also möglichst wenig Aufhebens von ihr zu machen. Es genügt, wenn man von Zeit zu Zeit Notizen in die Presse bringt, die auf eine immer längere Lebensdauer der Versammlung schließen lassen. Das Volk gewöhnt sich dann an ihre fortdauernde Existenz. Schließlich hat man doch diesem Volk vier Jahre lang mit Blut eingeredet: „In sechs Wochen ist der Feind auf die Knie gezwungen, haltet nur bis dahin durch.“ Ein Volk, das im Vertrauen auf eine solche Kata Morgana ein so unfähiges Gend auf sich genommen hat, wird doch auch vier Jahre lang eine Nationalversammlung dulden.

Zunächst soll die Nationalversammlung nur die „dringendsten Aufgaben“ erledigen. Solche Aufgaben werden in dieser Zeit nach dem Kriege stets vorhanden sein. Außerdem hat man die Möglichkeit, sie recht selten tagen zu lassen, wodurch man den anderen Vorteil hat, die Gesetze durchzupeitschen und die Proteste der Unabhängigen Sozialdemokraten leichter erstickt zu können.

Natürlich handelt es sich bei alledem um eine glatte Ungeheuerlichkeit. Die Nationalversammlung ist nur zu dem ausdrücklichen Zweck gewählt, eine Verfassung zu machen und Frieden zu schließen. Sie ist verpflichtet, nach Erfüllung dieser Aufgaben schleunigst auseinanderzugehen. Es

